Staatsminister Dr. v. Beck	1836,40	"
Professor Dr. Zimmern	1122,40	"
Professor Dr. Thieme	867,—	"
Regierungsrat Dr. Roth	857,90	"
Professor Dr. Hölder	1406,90	"

Was verdienst du im Monat, Kleingewerbetreibender?

Professor Dr. Hantzsch	1508,70	"
Professor Dr. Gravelius	1122,40	"
Professor, Geheimer Bergrat Dr. Treptow	1098,60	"
Professor Buhle	1851,—	"
Vortragender Rat Stadler	892,30	"
Geheimer Rat, Professor Dr. Drude	841,60	"
Professor Kühn	812,20	"
Professor, Geheimer Hofrat Dr. Görges	1754,10	"
Professor Dr. Grübler	1392,20	"
Gesandter Freiherr v. Friesen	1043,40	"
Professor Dr. Spalteholz	867,—	"
Professor Dr. Fischer	1122,40	"
Direktor Dr. Zibera	878,80	"
Professor Dr. Bauschinger	1122,40	"
Vortragender Rat Genkel	895,50	"
Professor Dr. Paal	1406,90	"
Professor, Geheimer Hofrat Dr. Genzmer	865,—	"
Professor Dr. Stobbe	812,20	"
Professor Bernhard	1099,80	"
Geheimer Hofrat, Professor Dr. Dülfer	1122,40	"
Professor Dr. Dietz	812,20	"
Professor Dr. Lucas	1295,80	"
Professor Dr. Stumme	867,—	"
Professor Dr. Sudhoff	1122,40	"
Professor Dr. Mogk	867,—	"
Professor Dr. Stieda	1122,40	"
Professor Dr. Schiffner	1071,60	"
Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckstädt	1952,70	"
Staatsminister Bünger	1388,70	"
Staatsminister Dr. Kaiser	747,30	"
Staatsminister Held	1133,60	"

Hast du auch soviel im Monat, Landarbeiter und Kleinbauer?

Professor Dr. Kolbeck	1099,80	"
Professor, Geheimer Bergrat Dr. Papperitz	1099,80	"
Professor, Geheimer Medizinalrat Dr. Röder	1122,40	"
Professor, Geheimer Forstrat Dr. Martin	908,10	"
Professor Dr. Zeutsch	913,20	"
Professor Dr. Busse	1099,80	"
Geheimer Hofrat, Professor Dr. Schmarsow	1044,10	"
Professor Dr. Becker	1122,40	"
Geheimer Hofrat, Professor Diestel	1122,40	"
Geheimer Forstrat, Professor Groß	1099,80	"
Geheimer R.-Rat, Professor Dr. Gurlitt	1009,10	"
Geheimer Medizinalrat, Professor Dr. Kölliker	867,—	"
Geh. Regierungsrat, Prof. Dr. Dr. Würzburger	1406,90	"
Geheimer Hofrat, Professor Dr. Sievers	1122,40	"
Geheimer Hofrat, Professor Dr. Kromayer	1122,40	"
Professor Hundhausen	882,80	"
Geheimer Hofrat, Professor Dr. Rinne	1681,—	"
Hofrat, Professor Dr. Stricker	867,—	"

Nazi und SPD für Schiecks Polizeietat

Nur die KPD tritt für die Forderungen der unteren Polizeibeamten ein

Dresden, 7. Juli.

In der gestrigen Sitzung des Landtages stimmte die reaktionäre Einheitsfront von der SPD bis zu den Nazis für den Polizeietat. Die SPD lehnte gleichzeitig die von der KPD beantragte Verkürzung des Dienstes der Polizeibeamten auf täglich 8 Stunden und wöchentlich 40 Stunden, auf Zubilligung einer wöchentlichen ununterbrochenen Freizeit von 36 Stunden, auf Abschaffung des Seitengewehrs als allgemeine Dienstwaffe, sowie die Aufhebung der Kasernierung und Bewilligung eines Wohnungszuschusses von 50 Mark monatlich ab. Auch die kommunistischen Entschließungsanträge auf Beseitigung der Ledigensteuer und Nichtanwendung der Gehaltskürzung auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 wurden gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt. Dieselbe SPD, die angeblich gegen die Reaktion kämpft, verteidigt den Polizeikurs der reaktionären Schieck-Regierung.

Angenommen wurde lediglich der kommunistische Antrag auf Auflösung der politischen Polizei. Schon früher faßte der Landtag einen diesbezüglichen Beschluß, der aber nicht durchgeführt wurde. Der kommunistische Antrag, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Jungfront aufzuheben, wurde abgelehnt. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme. Der kommunistische Antrag auf Entlassung und Bestrafung von Polizeibeamten, die Leipziger Arbeiter mißhandelten, auf Haftentlassung und Entschädigung der Mißhandelten, auf Aufhebung des Verbotes für Versammlungen und Kundgebungen, auf Sicherungsmaßnahmen gegen die faschistischen Terrorgruppen in Leipzig wurde abgelehnt. Die Anträge, betreffend Verbot kommunistischer Zeitungen, wurden als erledigt betrachtet. Geflissentlich waren die Anträge zurückgestellt worden. Der Antrag der kommunistischen Fraktion auf Entlassung der faschistisch organisierten Polizeioffiziere und Untersuchung der Essenausgabe aus der Chemnitzer Polizeikaserne an die NSDAP wurde abgelehnt. Der kommunistische Antrag auf Aenderung der Ausführungsbestimmungen über die Notverordnung betr. Genehmigungen und Erhebung von Gebühren für Versammlungen etc. zu untersagen, wird durch Abstimmung der Entschließungsanträge als erledigt betrachtet. Die SPD stimmte gemeinsam mit den Nazis und Bürgerlichen gegen den Antrag auf Amtsenthebung des Dresdner Polizeipräsidenten Kühn. Angenommen wurde die kommunistische Forderung auf Untersuchung des **Ueberfalls von Nationalsozialisten auf den Bürgergarten in Dresden. Abgelehnt dagegen, die schuldigen Polizeioffiziere und Beamten ihres Amtes zu entheben und zu bestrafen.** Ebenso wurde beschlossen, den Ueberfall der Nationalsozialisten auf die kommunistische Buchhandlung in Chemnitz und das Verhalten der Polizei zu untersuchen, abgelehnt die Entlassung und Bestrafung der Schuldigen. Derselbe Beschluß wurde gefaßt zu den rohen Ueberfällen der Nationalsozialisten und das Eindringen der **Polizei** in das **Gebäude** des Konsumvereins Limbach.

Geld ist da — für die Kirche!

Dieselben reaktionären Parteien, die eben kommunistische Forderungen für die untere Polizeibeamtenschaft abgelehnt hatten, wurden nunmehr recht freigebig, drehte es sich doch darum, der Kirche Millionen aus den Steuergroschen zuzuwenden. Der Abgeordnete Siegert (Deutschn.) berichtete von Haushaltsausschußberatungen über Zuwendung an die evangelische Kirche und wandte sich dagegen, daß die Ueberweisung von 1 335 550 Mark auf 350 000 Mark herabgesetzt wurde. Die Deutschnationalen verlangten, 985 500 Mark sollten neu eingestellt werden. Sie begründeten das mit der „sozialen“ Tätigkeit der Kirche. Selbst der Staatsparteiler Claus sah sich gezwungen, darauf hinzuweisen, daß die besitzende Klasse wohl dem Volke die „Religion erhalten“, aber keine Kirchensteuer zahlen will. Der kommunistische Redner,

Genosse Renner

wies darauf hin, daß Siegerts Rede, die von „christlicher Nächstenliebe“ triefte, nichts anderes offenbarte als den **realen Streit um einige Millionen.** Wo es gilt, die Not zu lindern, streichen die reaktionären Parteien. Aber für das Bischofsunwesen, das sich in Sachsen breiter macht denn je, sollen Millionen vergeudet werden. Diese Abstimmung über die Zuwendungen an die Kirche ist nur eine Vorentscheidung für die Vorlage 22, nach der

6¼ Millionen Steuergroschen jährlich der Kirche

in den Rachen geworfen werden sollen. Die kapitalistische Republik benötigt die Kirche als Bollwerk der äußersten Reaktion zur Volksbedrückung, gegen das wir ankämpfen. Wir denken nicht daran, gegen die religiösen Empfindungen mit Gewalt anzukämpfen, wir klären auf, aber die **Kirche übt einen terroristischen Druck auf das Volk aus,** selbst in den Schulen wird durch die Kirche eine schamlose Verhetzung der Kinder betrieben. Durch das religiöse Gift sollen die werktätigen Massen abgelenkt werden vom Kampf um die Tagesforderungen. **Das ist die Aufgabe der Kirche im Interesse des Kapitalismus.** Die Kirche ist nicht vom Staat getrennt, sondern der Staatsapparat dient zur zwangsweisen Eintreibung der Steuerlasten. Zwangsweise ist jeder Christ, wenn er nicht abgemeldet ist, und bei der Abmeldung setzt sofort der Terror ein. Für den Bau großer Bankgeschäfte und Kirchen ist Geld vorhanden, aber nicht für Wohnungsbau. Die Kirche und die riesigen Geschäftshäuser gehören zusammen. Die Lehre der Kirche: „Sei untertan der Obrigkeit“ bedeutet: Laßt euch die Notverordnung gefallen. **Wir lehnen es ab, diesem Instrument zur Knebelung der Massen auch nur einen Pfennig zu geben.** Anstatt Gehälter für die Pfarrer sollen diese Millionen zur Beseitigung der Volksnot Verwendung finden. (Bravo bei den Kommunisten.) Anschließend wurden die Kapitel und Haushaltsvorschläge für Kunst beraten.

Genosse Sindermann

wies als Berichterstatter darauf hin, daß im Haushaltsausschuß einige **Höherziehungen** erfolgten. Insbesondere für Einrichtung von Freitischen für studierende Künstler, für den Erwerb von Kunstwerken und zur Verteilung von Preisen. Ebenso schlägt der Haushaltausschuß vor, Höherziehungen bei den Besucherorganisationen und zur Unterstützung städtischer Provinztheater sowie der sächsischen Landesbühne. **Der Zweck dieser Ausgaben ist, der notleidenden Künstlerschaft Hilfe zu gewähren.**

Interessanterweise meldeten sich sofort alle Reaktionäre, die wohl für die Kirche Millionen auswerfen wollen, für Kunstjünger, **die nichts zu essen haben, aber keine 5000 Mark bewilligen.** Der Volksparteiler Dieckmann erklärte, daß er nur 2500 Mark zur Einrichtung von Freitischen befürwortete. Gen. Sindermann betonte, daß die kommunistische Fraktion das Gesamtkapitel ablehnt, die **Akademie ist eine Einrichtung der herrschenden Klasse** und dient der Erziehung der studierenden Künstler im reaktionären Geist des Bürgertums. Dessen ungeachtet hält die kommunistische Fraktion es für **notwendig, der studierenden Künstlerschaft, die große Not leide, zu helfen.**

Die Theater haben durch die Bank einen reaktionären Spielplan. Nicht einmal die kleinbürgerlichen Stücke von Hauptmann werden aufgeführt. Da reden die Faschisten von Kulturbolschewismus. **Der Kulturbolschewismus, das sind die Aufführungen der Agitproptruppen der KPD und der proletarischen Freidenker.** Ihre Aufführungen finden einen gewaltigen Widerhall in den Massen, während die bürgerlichen Theater leer sind. Wir stimmen der Mittelbewilligung für Besucherorganisationen zu, behalten uns aber unsere künftige Stellung vor. Anschließend berichtet

Genosse Siegel

über die Haushaltvorschläge zur Bergakademie. Alle Parteien mußten erklären, daß hier ein gewaltig aufgeblähter wissenschaftlicher Apparat für nur 214 Studenten vorhanden ist. Die Ausgaben betragen pro Student 5166 Mark. Das Verhältnis von Wissenschaftlern zu den Studenten beträgt 1:4. Der Haushaltausschuß hat Abstriche bei den Professoren vorgesehen. Ferner wurden die Haushaltvorschläge zu den Kapiteln Universität Leipzig, Pädagogisches Institut Leipzig und Technische Hochschule Dresden zur Beratung gestellt.

Nachdem Geiser (SPD) sich gegen die Arbeitsdienstpflicht der Studenten wandte, sprach für die Kommunisten

Genosse Renner.

Die freiwillige Arbeitsdienstpflicht dient der bankrotten kapitalistischen Welt zur **Gewinnung billiger Arbeitskräfte.** Den jugendlichen Arbeitslosen wird die Erwerbslosenunterstützung geraubt, sie sollen durch **Stockschläge auf den Magen** gezwungen werden, der herrschenden Klasse ihre Arbeitskräfte billig zur Verfügung zu stellen. Die technischen Studenten sollen dafür beispielgebend sein. Die Studenten begüterter Eltern betrachten diese Arbeit als Sport. Die unbemittelten Studenten, die ebenfalls zu diesem Arbeitsdienst gezwungen werden, erkennen bereits, daß die Arbeit Basis für die Existenz der Arbeiter ist. Die Erwerbslosen wenden sich mit Recht gegen diese Arbeitsdienstpflicht. Durch den besonderen Sportplan für die technischen Studenten sollen diese von den sporttreibenden Massen isoliert werden. Die Studenten merken bereits, daß der Kapitalismus auch die Basis ihrer Existenz zerstört, glauben aber noch, die Faschisten würden eine Aenderung herbeiführen; sie kämpfen gegen revolutionäre Studenten und Arbeiter und nutzen so Brüning und schaden sich selbst. Die Arbeiter werden die revolutionären Studenten in den Hochschulen nicht im Stich lassen. Wir appellieren an die große Masse der Studentenschaft, sich einzureihen in die revolutionäre Front gegen den reaktionären Kapitalismus.

Wir lehnen die Mittel für die Hochschulen als Brutstätte der Reaktion ab. Wir sind für den **Abbau bei den Professoren.** Ihre Tätigkeit hat nichts mehr mit Wissenschaft und ernster Forschung zu tun. Wir konstatieren den völligen Zerfall der Wissenschaft der Bourgeoisie. Wir sind gegen die sogenannten Studentenbeihilfen für Werkstudententum, weil diese Mittel nicht für notleidende Studenten, sondern für **Korporationen zur Verwirklichung der Arbeitsdienstpflicht** verwendet werden. Wir lehnen ab die Neuschaffung des Lehrstuhls für Völkerrecht. Das ist keine Wissenschaft, sondern ein Mittel zum Betrug der Arbeiter. Den Lehrstühlen für Sozialpädagogie und für Marxismus stimmen wir zu, obgleich wir jetzt schon sagen, die Kathedersozialisten werden **den Marxismus fälschen.** Der SPD-Parteitag hat bereits bewiesen, was für eine Art „Marxismus“ von den Nölting und Co. zu erwarten ist. Politisch und wissenschaftlich ist die SPD völlig bankrott, ihre Theorie des Dr. Hilferding ist durch die Tatsachen zersetzt. Dieselben Erscheinungen wie bei der Bourgeoisie.

Anschließend verteidigt Liebmann die bankrotte SPD. Nachdem einige bürgerliche Redner sprachen, wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag den 7. Juli 11 Uhr.

Diskussionsabend mit SAJ in Berlin voller Erfolg

Berlin, 7. Juli. (Eig. Meldung.)

Der vom Berliner KJVD organisierte **Diskussionsabend mit der Berlin-Neuköllner SAJ war ein voller Erfolg für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront des Jungproletariats.** Der 2. Vorsitzende der Berliner SAJ versuchte vergeblich, vor dem Lokal die sozialdemokratischen Jungarbeiter von der Teilnahme an der Diskussion fernzuhalten. Es nahmen außer den jungen Kommunisten **70—80 Mitglieder der SAJ teil. Ein SAJ-Genosse wurde in das Präsidium gewählt.** Aufmerksam hörten die SAJ-Jungarbeiter den Ausführungen eines Jungkommunisten zu. Dem 2. Vorsitzenden der SAJ war eine halbe Stunde Redezeit zugebilligt worden, **er verließ aber vorzeitig die Versammlung, ohne das Wort zu ergreifen.** 15 neue Mitglieder konnten an diesem Abend für den KJVD gewonnen werden. Es wurde eine Resolution gegen das Verbot der Spartakiade und der „Jungen Garde“ und ein **Protest gegen die Ermordung der acht jungen Negerarbeiter** angenommen. Mit einem Hoch auf die sozialistische Sowjetunion, auf die rote Einheitsfront und die Kommunistische Jugendinternationale wurde der Diskussionsabend geschlossen.

Rote Studenten aus der Universität ausgeschlossen!

Berlin, 7. Juli. (Eig. Meldung.)

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, fand am Sonnabend eine Sitzung des Senates der Berliner Universität statt, die sich mit dem Hinauswurf der sogenannten „Rädelsführer“ bei dem verbotenen Stehkonvent beschäftigte. Die Sitzung beschloß, drei rote Studenten von der Universität auszuschließen, obwohl ihnen nicht einmal die Beteiligung nachgewiesen werden konnte. Zwei der Ausgeschlossenen waren sogar nachweislich in der Zeit des verbotenen Stehkonvents nicht einmal in Berlin.

Um nach außen hin zum Schein „Gerechtigkeit“ zu zeigen, wurden auch zwei nationalsozialistische Studenten von der Universität entfernt. Dieser Beschluß konnte nur unter großen Schwierigkeiten gefaßt werden, weil sich viele der Professoren für die Nationalsozialisten einsetzten.

Magdeburg, 4. Juli.

Hier wurde am Abend des 2. Juli ein schwerverletzter Nazimann in die Magdeburger Klinik des Dr. Hammesfahr eingeliefert. Er wurde bei einer **Bürgerkriegsübung der Nazis von einer scharfen Handgranate am Unterleib schwer verletzt.**

Nazi-Terror in München

Arbeiter gegen Nazis — Polizei gegen Arbeiter

München, 7. Juli 1931 (Eig. Meldung)

Am Sonntag kam es hier zu einem planmäßigen Terror der Nationalsozialisten. Diese benutzten die polizeiliche Besetzung ihres Parteihauses dazu, Straßendemonstrationen zu veranstalten und einen scharfen Terror gegen die Arbeiterschaft auszuüben. Die Polizei ging sehr sanft vor, so daß die Provokationen der Nazis immer schlimmer wurden. In der Nähe des Karolinenplatzes **kam es zu Zusammenstößen zwischen sich ansammelnden Arbeitern und den Nationalsozialisten.** Die Arbeiter setzten sich gegen die **Provokationen der Nazis zur Wehr. Die Polizei trieb durch eine Gummiknüppelattacke die Arbeiter auseinander. Vier Arbeiter wurden verhaftet.**

Siegreiche Streiks

Berlin, 7. Juli 1931 (Eig. Meldung)

Bei der Firma **Gleitverschluß in Berlin, Koloniestraße,** führten die **Arbeiterinnen** gegen einen beabsichtigten Lohnraub einen 2½tägigen Streik durch. **Der Unternehmer wurde gezwungen, die Lohnherabsetzungen fallen zu lassen.** Der Streik stand unter der Führung des Roten Metallarbeiterverbandes. Die Arbeiterinnen erklärten, daß sie auf jeden neuen Lohnraubversuch sofort wieder mit dem Streik antworten würden.

Die Rohrlegerfirma Kaulbarsch & Nabel hatte 10 Rohrleger, die Mitglieder des Roten Bauarbeiterverbandes sind, gemaßregelt. An ihrer Stelle wurden 10 Mitglieder des DMV eingestellt, unter ihnen der **sozialdemokratische Branchenleiter der Rohrleger.** Die Belegschaft trat daraufhin in den Streik und schon nach zwei Tagen kapitulierte die Firma und stellte alle Gemaßregelten wieder ein. Der Streik stand unter der Führung des Roten Bauarbeiterverbandes.

Schwarzenberg, 7. Juli 1931 (Eig. Meldung)

Heute morgen 6 Uhr traten die Arbeiter der Abteilung Brennerei, insgesamt 27, in den Streik gegen einen Abbau des Minutenakkords. Der Lohnraub würde für je 14 Tage 9 Mark betragen. Der Streik steht unter der Führung der RGO. Die Firma versuchte, 6 Streikbrecher einzustellen. Die Brennerei ist die wichtigste Abteilung des Betriebes, von der die Arbeit des gesamten Betriebes abhängt. Der Lohnabzug sollte am 8. Juli in Kraft treten.

Mildes Urteil für den Millionenschieber Uralzeff

Das Gericht fällte heute folgendes Urteil: Es erhielten Uralzeff 3 Jahre, Dr. Steinmetz ¾ Jahr, Schrade 1½ Jahr, Bodest 1½ Jahr, Dr. Türk 10 Monate und Nileges 7 Mon. Gefängnis.

80 Mill. Devisenverluste der Reichsbank

Die Kurse fallen / Frankreich kontrolliert die Kredite an Deutschland

Am Devisenmarkt hat sich die Nachfrage nach ausländischer Valuta verstärkt. Die Devisenabgabe wird auf 80 Millionen geschätzt. Die Reichsbank hat den 100-Millionen-Dollarkredit erschöpft und steht vor dem Nichts. An der gestrigen Börse sanken führende Papiere um 5 bis 8 Prozent. Sogar die Aktien der Danatbank (als der einzigen Bank) gingen relativ stark zurück.

*

Wie berichtet wird, ist eine formale „Einigung“ zwischen den amerikanischen und französischen Vertretern betreffs des Hooverplanes erfolgt. Der Hooverplan ist wesentlich **verschärft worden. Die Frage der Sachlieferungen wurde herausgenommen und soll durch „einen Sachverständigenausschuß geprüft“ werden! Frankreich hat ferner das Recht, die Verwendung der Kredite für Deutschland zu kontrollieren! Die ungeschützte Jahresrate muß gezahlt werden,** und zwar an die internationale Bank. Am alarmierendsten ist ein Absatz, wonach die führenden Zentralbanken der Großstaaten **eine gemeinsame Aktion,** angeblich für die durch den Zahlungsaufschub betroffenen Länder durchführen sollen; das bedeutet eine verschärfte Gefahr einer **wirtschaftlichen und kriegerischen Aktion der Imperialisten gegen die UdSSR.**

SLUB
Wir führen Wissen.